

BUND-Positionen zur Bundestagswahl

Wir wählen bunt!

Von Wilfried Kühling, Hubert Weiger und Antje von Broock

— In wenigen Monaten wird sich entscheiden, welche Parteien in welcher Stärke im Bundestag vertreten sein werden und welche Regierungskoalition in den kommenden vier Jahren die Geschicke in der Bundesrepublik Deutschland lenken wird. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) macht in seinen Kernforderungen zur Bundestagswahl deutlich, in welchen Bereichen er Reform- und Erneuerungsbedarf sieht. So fordern wir ein Ende der Deregulierungs-, Freihandels- und Wachstumspolitik bisheriger Prägung. Stattdessen gilt es, Grenzen für den ökologisch und sozial verträglichen Ressourcenverbrauch zu setzen und eine Suffizienzpolitik für alle Lebensbereiche durchzusetzen.

Wir fordern ein Ende des Flächenverbrauchs, die Sicherung und Verknüpfung von Lebensräumen sowie den Ausbau „grüner Infrastruktur“ auf dem Land und in den Städten. Erforderlich ist zudem die konsequente Umsetzung des EU-Vorsorgeprinzips durch nationale Regelungen in Bezug auf hormonelle Schadstoffe in verbrauchernahen Produkten sowie in der hochfrequenten mobilen Kommunikation und bei Nanotechnologien.

Das Klima muss geschützt und eine Begrenzung der Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad Celsius erreicht werden. Dafür sind eine rasche Abkehr von Kohle, Öl und Gas in allen Sektoren und der grundsätzliche Umbau der Landwirtschaft, insbesondere der Nutztierhaltung, unerlässlich. Aus diesem Grund stehen für uns im Vorfeld der Bundestagswahl insbesondere der Agrar- und der Energiesektor im Fokus. Wir werden darauf achten, wie konsequent die Lösungsansätze der verschiedenen Parteien für einen ökologischen und sozialen Umbau der Gesellschaft wirklich sind.

Tierschutz und Ökolandbau

Die Nutztierhaltung in Deutschland wurde in den vergangenen Jahrzehnten stark ausgebaut. Im Schweine- und Geflügelfleischbereich liegt der Selbstversorgungsgrad Deutschlands bei etwa 120 Prozent. Auch

Nachhaltigkeit – der Begriff hat in vielen Medien keine Konjunktur. Diese Zurückhaltung hat ihren Preis: Man bleibt häufig an der Problemoberfläche. Nachhaltigkeit ist beim größten deutschen Umweltverband, der zwei große Studien über ein zukunftsfähiges Deutschland initiiert hat, und der *politischen ökologie* seit vielen Jahren gut aufgehoben. Deshalb suchen sie die Zusammenarbeit:

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



In jeder Ausgabe gibt es an dieser Stelle einen Beitrag von einem BUND-Autor oder einer BUND-Autorin.

deshalb verwundert es nicht, dass der Unmut über nicht artgerechte Ställe und der Protest gegen neue Tierfabriken wächst. Die Intensivtierhaltung weist erhebliche Defizite beim Tier- und Umweltschutz auf. Auch der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (WBA) beurteilt die Haltungsbedingungen eines Großteils der Nutztiere in Deutschland als nicht zukunftsfähig. Ein umfassendes Umbauprogramm sei notwendig, das laut WBA aus verschiedenen Töpfen finanziert werden solle. Der BUND teilt diese Position. Tiergerechtere Haltung, wie die Weidhaltung, muss gefördert und Intensivtierhaltung reduziert werden. Das Kupieren von Schwänzen, das Kürzen von Schnäbeln und ähnliche Eingriffe am Tier gehören verboten. Tierhaltungsvorschriften müssen in Zukunft verschärft, ihre Umsetzung muss besser kontrolliert und die Nutztierhaltung künftig an die Fläche gebunden werden. Durch eine flächengebundene Tierhaltung lassen sich Tierbestand, Futteranbau und die Ausbringung von Gülle und Mist wieder in eine bessere Balance bringen. Nicht nur für den Agrarsektor muss in einer mehr und mehr globalisierten Welt grundsätzlich gelten: Ökologische und soziale „Nebenkosten“ dürfen vor allem seitens der Industriestaaten nicht über ihre Grenzen hinweg transferiert und den Bewohner(inne)n anderer, oftmals ärmerer Länder aufgebürdet werden.

Deutschland ist deshalb in der Pflicht, die europäische Landwirtschaftspolitik ökologischer und gerechter zu machen. Eine neue Bundesregierung muss sich für eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik

(GAP) einsetzen. In Hinblick auf eine neue GAP erwartet der BUND, dass alle EU-Agrarzahlungen zu einem Förderinstrument ökologischer und bäuerlicher Landwirtschaft werden. Es gilt, kleine Betriebe stärker zu fördern und die Umstellung auf ökologische Erzeugung zu erleichtern. Künftig sollen Umwelt- und Naturschutzleistungen besser honoriert, Umweltschädigungen hingegen stärker sanktioniert werden. Öffentliche Mittel sollen in Zukunft nur noch für konkrete öffentliche Leistungen – beispielsweise Umwelt, Klima- oder Tierschutz – zur Verfügung stehen. Ein sozialer und ökologischer Umbau im Agrarsektor bedingt, dass eine neue Bundesregierung die Ausweitung der ökologisch bewirtschafteten Fläche konkret benennt. Der BUND fordert einen Ausbau auf mindestens 20 Prozent der Fläche bis 2030. Unser langfristiges Ziel ist ein flächendeckender Ökolandbau.

Raus aus der Kohle

Eine weitere Großbaustelle ist der Umbau des Energiesektors. Hier braucht es ein deutliches Bekenntnis zur Energiewende, zum Ausbau der Erneuerbaren und zum Ausstieg aus der Kohle. Der Atomausstieg muss beschleunigt und verfassungsrechtlich abgesichert werden. Die kommende Bundesregierung hat dafür zu sorgen, dass die Klimaziele eingehalten werden, das gilt auch für das nahe Ziel, 40 Prozent weniger Treibhausgase bis 2020 auszustoßen. Insgesamt müssen die deutschen Klimaziele an die Verpflichtung des Pariser Klimaabkommens angepasst werden: Dabei geht es um eine weitgehende Dekarbonisierung der Wirtschaft bis zur Mitte des Jahrhunderts. Dazu braucht es einen deutlich am-

bitionierteren Pfad der Emissionsreduktion als das bisher von der Bundesregierung angestrebte 80-prozentige Minderungsziel. Um aus Umweltsicht bei der Bundestagswahl wählbar zu sein, müssen die Parteien sich im jetzt anstehenden Wahlkampf zu den nationalen Klimazielen und den Zielen des Pariser Abkommens bekennen und dies mit konkreten Maßnahmen unterfüttern. Das bedeutet, dass insbesondere der Energiesektor bei der Verringerung der Emissionen beschleunigt vorangehen muss, unter anderem auch deshalb, weil er bei der Dekarbonisierung des Wärme- und des Verkehrsbereichs eine Schlüsselfunktion hat. Ein Ende der Kohleverstromung deutlich vor 2030 steht folglich auf der klimapolitischen Tagesordnung. Die Sektorziele des Klimaschutzplans 2050 der Bundesregierung weisen in die richtige Richtung. Um im Einklang mit dem Paris-Abkommen zu stehen, sind sie dennoch nachzubessern. Der BUND fordert deshalb, den Kohleausstieg gleich nach der Bundestagswahl zu regeln und zu beschließen. Im Wahlkampf brauchen alle Parteien glaubwürdige Antworten darauf, wie der Kohleausstieg bis spätestens 2030 organisiert werden soll (vgl. S. 95 ff.). Das gilt insbesondere auch für die Standorte, wo perspektivisch Kraftwerke stillgelegt werden einschließlich eines sozialverträglichen Übergangs in jenen drei Regionen, wo die Braunkohleförderung noch ein wesentlicher Wirtschaftszweig und ein identitätsstiftender Bezugspunkt ist. Dort ist es erforderlich, zusammen mit der Bevölkerung Perspektiven für den Strukturwandel zu entwickeln und diesen Wandel ausreichend finanziell zu unterstützen (vgl. S. 106 ff.). Damit sich in

den Revieren neue Perspektiven überhaupt entwickeln lassen, müssen alle Akteure an einem Strang ziehen: Der Beschluss zum Kohleausstieg ist dafür die Grundvoraussetzung.

Der BUND fordert, die Verursacherverantwortung bei der Nachsorge der Braunkohletagebaue schnell festzuschreiben. Dabei geht es nicht nur um die Sicherstellung der Rekultivierung von Tagebauflächen, es geht vor allem auch um langfristige Auswirkungen, so im Bereich des Wasserhaushalts, deren Lasten nicht auf die Allgemeinheit abgeladen werden dürfen. Es bedarf dafür einer eingehenden Analyse der wahrscheinlichen Folgen und Kosten für die kommenden Jahrzehnte und der Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Fonds, der dies finanziell absichert (vgl. S. 37 ff.).

Energiegewinnung in Bürgerhand!

Für uns ist klar, dass ein Ausstieg aus Atomkraft und Kohle mit dem naturverträglichen und ehrgeizigen Ausbau erneuerbarer Energien sowie der Anpassung und Flexibilisierung des Stromsystems einhergehen muss. Es ist eindeutig, dass die aktuellen Ausbauziele für die Erneuerbaren nicht den Anforderungen der Klimaziele und nicht denen der entsprechenden Sektorziele genügen. Die Parteien müssen dafür eintreten, dass die Ausbaupfade mit der nächsten Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes deutlich ambitionierter ausfallen. Darüber hinaus sind die Bedingungen für die Bürgerenergie deutlich zu verbessern, da diese Form der dezentralen Energiegewinnung in den aktuellen Ausschreibungsverfahren keine Chance hat. Selbst die EU-Kommission hat die besondere Rolle der Bürgerenergie

in ihren jüngsten energiepolitischen Vorschlägen besonders hervorgehoben und den Mitgliedsstaaten damit neue Handlungsspielräume eröffnet. Bürgerenergie bedeutet eine Demokratisierung der Energieerzeugung und die Umverteilung von Wohlstand und Wertschöpfung vor Ort. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung, um die Akzeptanz der Energiewende dauerhaft zu stärken. Eine dezentrale Energiegewinnung in Bürgerhand ist der entscheidende Ausgangspunkt für den sozial-ökologischen Umbau des Energiesektors.

Das bisherige Abgaben- und Umlagensystem im Energiebereich gehört auf den Prüfstand und neu organisiert nach Klimaschutz- und Verteilungsgerechtigkeitskriterien. Bisher zahlen die größten Verbraucher die geringsten Abgaben und die normalen Haushalte werden überproportional zur Kasse gebeten.

Grenzen des Wachstums anerkennen

Es wird sich zeigen, ob eine kommende neue Bundesregierung in der Lage sein wird, die großen Herausforderungen unserer Zeit – wie Klimawandel, Artenschwund, Erosion der Demokratie und eine wachsen-

de Ungleichheit – anzugehen. Wissenschaftlich ist es unumstritten, dass ein vom Menschen verursachter Klimawandel und ein wachsender Druck auf die Natur längst eine kritische Schwelle überschritten haben. Daher muss auch die deutsche Politik die Grenzen des Wachstums, des Ressourcenverbrauchs und unserer Wirtschaftsform anerkennen. Die Parteien müssen bis zur Bundestagswahl Antworten liefern, wie der Umbau der Wirtschaft und ihrer einzelnen Sektoren gelingen kann und dabei sowohl soziale Komponenten als auch ökologische Grenzen beachten. Egal ob nach der Wahl CDU/CSU, SPD, DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen oder die FDP miteinander einen Koalitionsvertrag verhandeln: Am Ende muss die künftige Bundesregierung Entscheidungen treffen und umsetzen, die erste Schritte für einen tiefgreifenden gesellschaftlich-ökologischen Umbau darstellen. _____

Zu den Autoren, zur Autorin

- a) Wilfried Kühling, geb. 1948, ist Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des BUND.
- b) Hubert Weiger, geb. 1947, ist Vorsitzender des BUND.
- c) Antje von Broock, geb. 1976, ist stellv. Geschäftsführerin des Bereichs Politik & Kommunikation beim BUND.

Kontakt

Prof. Dr. Wilfried Kühling, Prof. Dr. Hubert Weiger,
Antje von Broock
Bund für Umwelt und Naturschutz e.V.
Am Köllnischen Park 1
D-10179 Berlin
E-Mail wilfried.kuehling@bund.net